

16/AE

der Abgeordneten Fritz Verzetsnitsch, Erhard KoppIer
und Genossen
betreffend finanzielle Förderung von Ausbildungsbetrieben, die durch Lehrwerkstätten
außerordentliche Leistungen in der Berufsausbildung erbringen

Die Qualität der Ausbildung in Betrieben mit eigener Lehrwerkstatt und
Zusatzunterricht ist unbestritten hoch. In der Regel liegt sie erheblich über dem
allgemeinen Ausbildungsniveau. Die gesamte Wirtschaft profitiert von dieser
meist vorbildlichen Ausbildungsleistung der Betriebe, ohne öffentliche Budgets
zu belasten.

Rund jeder zweite Schüler dieser Altersgruppe erwirbt über ein Lehrverhältnis
seine Ausbildung. Der andere Teil über eine allgemeinbildende oder
berufsbildende weiterführende Schule. Dazu ist festzustellen, daß der
Finanzbedarf des Bundes für Schüler weiterführender Schulen rund zehnmal
höher ist, als vergleichsweise für Lehrlinge,

Aufgrund des verschärften nationalen und internationalen Wettbewerbs steigt für
Betriebe die Bedeutung des Kostenfaktors "Ausbildung". Wie Statistiken der
letzten Jahre zeigen, wirkt sich dieser Kostendruck dramatisch auf die qualitativ
hochwertige und im allgemeinen attraktive industrielle Lehrausbildung aus.
Potentielle Lehrlinge werden in Betrieben zugunsten schulisch Ausgebildeter
verdrängt, indem man ihnen keine beziehungsweise eine geringere Anzahl an
Lehrplätzen anbietet.

Die Lehrlingsstatistik 1992 der Bundeswirtschaftskammer belegt, daß die Anzahl
der Ausbildungsbetriebe von 65.000 im Jahr 1980 auf 43.000 im Jahr 1992
zurückging. Die aktuelle Entwicklung im Jahr 1993 läßt ein weiteres
überproportionales Absinken befürchten. Waren es in der Vergangenheit
Handelsbetriebe, die aus Kostengründen entweder den Betrieb selbst stilllegten
oder zumindest die Lehrlingsausbildung einstellten, so sind es nun vor allem die
Industriebetriebe, und hier vor allem die Großindustrie, insbesondere die
verstaatlichte Industrie, die keine beziehungsweise deutlich weniger Lehrlinge
mehr aufnehmen. Dieser dramatische Rückgang an attraktiven
Ausbildungsplätzen in der Industrie muß gestoppt werden.

Im Hinblick auf das Bekenntnis im seinerzeitigen Arbeitsübereinkommen zwischen der
Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei
zur Erweiterung der Berufschancen der Lehrlinge durch Erwerb von Mehrfach-
und Zusatzqualifikationen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

E n t s c h l e ß u n g s a n t r a g :

Der Nationalrat möge beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht sowie der Bundesminister für wirtschaftliche
Angelegenheiten werden ersucht, durch Umschichtungen in ihren Budgets
Maßnahmen zur raschen finanziellen Unterstützung/Entlastung jener
Ausbildungsbetriebe zu ergreifen, die durch einen Zusatzunterricht in eigenen
beziehungsweise in Lehrwerkstätten Dritter ihre Lehrlinge deutlich über das
allgemeine Berufsbild hinaus qualifizieren. Darüber ist dem Nationalrat bis Ende

Juni 1996 zu berchtei.

Es wird ersucht, diesen Antrag in formeller Hinsicht dem Industrieausschuß zuzuweisen.